

CSU

Muskelspiele

Von Gunther Hartwig

Der CSU ist seit jeher jedes Mittel recht, ihre etwas müde Stammkundschaft zu mobilisieren. Dazu hat der legendäre Franz Josef Strauß einst zwei besonders probate Mittel erfunden. Zum einen gerierte sich die weiß-blaue Staatspartei schon immer als stärkste Bastion gegen alles, was von links die Mehrheit des bürgerlichen Lagers bedrohen könnte. Zum anderen ließ Strauß sein mächtiges Organ ertönen, sobald der Bund im Ganzen nicht so spurte, wie es der bayerische Löwe wollte.

Dass nun der „Feldzug“ der CSU gegen die Linkspartei verfehlt, obwohl die ehemalige PDS seit bald 18 Jahren erfolgreich in der deutschen Politik mitmischte, sogar als gern gesehener Partner der Schwesterpartei CDU in ost-deutschen Kommunen, ist längst nicht gewiss. Mit dieser Kampagne macht die CSU die ungeliebte Konkurrenz womöglich erst recht so attraktiv, dass die Linke den Sprung in den Münchner Landtag schafft.

Auch die Nadelstiche gegen die Große Koalition in Berlin wirken doch sehr bemüht. Der Streit um die Erbschaftssteuer wird von der CSU seit Monaten hochgehalten. Dabei ist das Reformkonzept kein Werk aus der roten Giftküche, sondern entstammt einem gemeinsamen Plan von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Zudem steht Kanzlerin Angela Merkel bei den Genossen im Wort, das Gesetz bald zu beschließen.

Was also soll der Zwergenaufstand der CSU? Es ist der Versuch, die Zweifel an der Durchsetzungskraft der neuen Führung durch schieres Muskelspiel zu zerstreuen. Viele Bürger wird dieses durchsichtige Wahlkampfmanöver aber nicht überzeugen.

Russland/Georgien

Neues Kapitel

Von Christoph Irion

Im Schatten von Olympia sind West und Ost in die wohl ernste Krise seit dem Ende des Kalten Kriegs geschlittert. Der Konflikt um den russischen Einmarsch in Georgien und die umstrittenen Regionen Südossetien und Abchasien hat sich in den vergangenen Tagen weiter zugespitzt. Die für ihren eher versöhnlichen Ton bekannte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stieß gestern bei einem Besuch in Stockholm ungewöhnlich deutliche Warnungen aus. Eine „sehr schwierige und kritische Situation“ könne sich ergeben, falls Russlands Präsident Dmitri Medwedew den Forderungen der russischen Parlamentskammern folge und die georgischen Provinzen als unabhängig anerkenne. Sie sehe diese Entwicklung mit großer Sorge. Und sie erwartet, dass Medwedew die Resolution des russischen Parlaments nicht unterschreibt.

Russland hat in den vergangenen Wochen ein neues Kapitel aufgeschlagen. Zwar hatte Georgiens streitlustiger Präsident Michail Saakaschwili die Krise selbst provoziert. Doch die mit gewaltiger Feuerkraft geführte russische Militäroperation war ihrerseits von langer Hand vorbereitet – dies ist die erste kriegsähnliche Auseinandersetzung zwischen Russland und einem sowjetischen Nachfolgestaat.

Der Westen pocht auf das Prinzip der „territorialen Integrität“ – also auf die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen. Eine Anerkennung Südossetiens und Abchasien ist somit nicht hinnehmbar. Doch Merkel & Co. haben ein völkerrechtliches Problem: Denn gerade fünf Monate ist es her, dass westliche Länder die Loslösung Kosovos aus dem serbischen Staat durchsetzten – gegen den Widerstand Belgrads und Moskaus.

Keine Frage: Russland muss kapieren, dass es Grenzen gibt. Und der Westen muss klug handeln. Gerade für Deutschland, das Land in der Mitte Europas, ist es lebenswichtig, eine Sprache zu sprechen, die Moskau versteht. Da mag es hilfreich sein, dass Merkel nicht nur vertraut ist mit der russischen Sprache, sondern auch mit Menschen und Mentalitäten im Osten.

◆ PRESSESCHAU

Obamas Vize-Wahl

Dresdner Neueste Nachrichten:

„Dass er nicht Hillary Clinton zur Vize macht, ist ein selbstbewusstes Zeichen. (...) Wichtiger aber ist, nicht als ferngesteuerter Kandidat am Gängelband der Clintons dazustehen. (...) Dass Biden Obama aber kürzlich als nicht reif für das Präsidentenamt einstufte, wird die republikanische Wahlkampfmaschine genüsslich ausschlagen.“

Schwäbische Zeitung (Leutkirch):

„Joe Biden ist kein Mann, der überzeugend den Wandel verkörpert, den Obama verspricht. Dazu ist er einfach zu lange im Geschäft. Und: Es war nicht Joe

Biden, der fast die Hälfte seiner Partei hinter sich brachte. Das war Hillary Clinton, die knappe Verliererin des Vorwahlduells. Hillary an der Seite Obamas, das wäre das Dream Team gewesen. Biden ist (...) nur der Ersatzkandidat.“

Neue Westfälische (Bielefeld):

„Obamas Wahlkampf lebt von der Idee, gegen die Washingtoner Insider und Strippenzieher vorzugehen, egal ob sie Clinton oder McCain heißen. Aber Joe Biden ist eben auch ein Insider, sogar einer der prominentesten. Und Erfahrung in der freien Wirtschaft (...) hat Biden auch nicht.“



Aufgegriffen vor der Küste: Diese Flüchtlinge aus Afrika kommen in einem Holzboot auf Gran Canaria an. Die EU-Länder an den Außengrenzen schicken immer mehr Flüchtlinge zurück.
Fotos: dpa

Organisation Pro Asyl dokumentiert Geschehen an den EU-Außengrenzen / Kritik an Agentur Frontex

Sterben auf dem Weg nach Europa

VON DIETER KLINCK

Baden-Baden – Europa war sein Ziel. Rahim Sarvari floh aus Afghanistan. Der 30-jährige Mann saß mit vielen anderen Landsleuten in einem Fluchtboot. Kurz bevor sie die griechische Insel Lesbos erreichten, geschah es: Das überfüllte Boot sank, die Menschen an Bord kämpften um ihr Überleben. Sarvari konnte nicht schwimmen, sein Traum endete im Meer: Er ertrank. Sarvari ist einer der wenigen Toten, dessen Identität überhaupt festgestellt werden konnte. Die vielen anderen bleiben namenlos. Sie liegen auf der Insel Lesbos begraben wie die namenlosen kurdischen Kinder. Auch sie starben bei einem Schiffunglück. Als man sie fand, trugen sie noch Rettungswesten.

Das Mittelmeer und der Atlantik, so beklagt die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, entwickeln sich zu einem Massengrab. In den Fernsehnachrichten sieht man Bilder von getretenen Bootsflüchtlings. Oft kommen sie aus Staaten wie Irak oder Afghanistan. Sind es illegale, wie sie oft genannt werden. Oder haben sie zunächst einmal ein Recht auf Schutz?

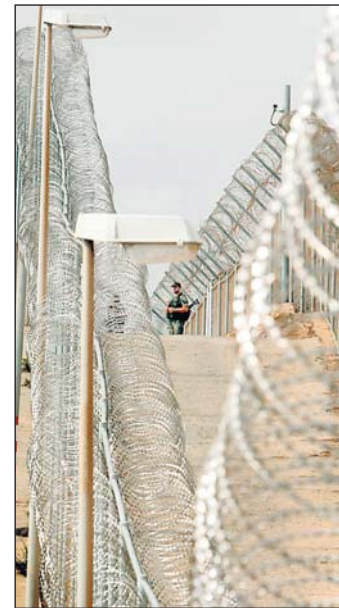
„Obwohl Hilfe durch die EU-Länder dringend geboten ist, werden stattdessen die Abwehrmaßnahmen stetig weiter verschärft. Kein Weg soll offen bleiben, über den die Flüchtlinge Schutz suchen“, heißt es in einem Aufruf von Pro Asyl. Ihrer Kampagne „Stopp das Sterben“ haben sich prominente Politiker wie etwa Claudia Roth (Grüne), Hans-Jochen Vogel (SPD) Christian Schwarz-Schilling (CSU) und Max Stadler (FDP) angeschlossen. Aber auch Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel und die Schauspielerin

Ulrike Folkerts setzen sich für den „Stopp des Sterbens“ ein.

„Unsere Recherchen ergaben, dass sich das Thema in den vergangenen Jahren verschärft hat“, erläutert Kerstin Böffgen, Leiterin der Kampagne bei Pro Asyl. Die EU schließe unheilvolle Allianzen mit afrikanischen Ländern, lege einen Gürtel an Helfern und Grenzposten an: Marokko und Libyen kooperieren mit den EU-Ländern, um Flüchtlinge gleich wieder zurückzuschicken. „Marokko macht die Drecksarbeit für Europa, die EU hat ihre Grenzen nach außen verlagert. Marokko spielt die Rolle des Gendarmen für Europa!“, sagt ein Mitarbeiter einer marokkanischen Menschenrechtsorganisation.

◆ IM BLICK

Besonders die Einsätze der europäischen Grenzagentur Frontex, die die Außengrenzen kontrolliert, sind den Organisationen ein Dorn im Auge. Frontex wurde 2004 nach dem Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs gegründet – laut Eigenbeschreibung ist die Agentur „tätig im Bereich des Grenzschutzes an den Außengrenzen und stärkt so die Sicherheit an den Grenzen“. Nach der Beobachtung von Pro Asyl missachtet Frontex die Menschenrechte. „Die Einsatzkräfte drängen Flüchtlingsboote ab. Es wird nicht geprüft, ob sich in den zurückgeschickten Booten Schutzbedürftige befinden“, beklagt Pro Asyl. Auch operiere Frontex unbeobachtet und damit unkontrolliert im Mittelmeer. Frontex kennt die Vorwürfe, weist sie aber zurück. Der finnische Brigadegeneral und Frontex-Chef Ilkka Laitinen betont: „Ich weiß, für einige sind wir von Frontex die ‚Bad



Unüberwindbar: Dieser Zaun trennt Spanien und Marokko in der spanischen Exklave Melilla.

Guys‘. Ich lese alles aufmerksam, was über uns geschrieben wird. Ich nehme die Kritik ernst. Doch ich bin überzeugt, dass wir es im Mittelmeer richtig machen. Durch unsere Einsätze retten wir Leben.“ Man halte sich an die Gesetze. „International garantierter Schutz muss gewährleistet werden. Ein Flüchtling, der sagt, er beantrage Asyl, darf an der Grenze nicht zurückgeschickt werden“, so der Frontex-Chef.

In Wahrheit, so der Pro-Asyl-Vorwurf, werden Flüchtlinge schon zurückgeschickt, bevor sie überhaupt einen Asylantrag stellen können. Natürlich könne man nicht alle Flüchtlinge in Europa aufnehmen, das sei auch nicht Ziel der Kampagne. Aber jeder brauche zumindest einen fairen Zugang zum Asylverfahren, betont Böffgen. „Menschen dürfen auf ihrem Weg nach Europa nicht sterben. Das ist das Mindeste.“

Die militärische Abschottung habe die Flüchtlingswege weit und lebensgefährlich gemacht. „In den Booten sitzen Menschen, die nicht schwimmen können und keine Ahnung von Navigation haben“, erläutert Böffgen. Die Boote würden auch immer kleiner, um nicht vom Radar erkannt zu werden. Und sie starten schon von Gambia aus, um den europäischen Außenposten in Marokko oder Senegal zu entgehen. Laut Schätzungen kommen auf jeden Flüchtling, der die Kanaren erreicht, drei Menschen, die beim Fluchtversuch gestorben sind. Vielen Europäern, so Böffgen, sei nicht bewusst, was an Europas Außengrenzen passiert. Sie könnten sich so etwas Schlimmes gar nicht vorstellen, weil sie Länder wie Griechenland oder Spanien mit einem schönen Urlaub in Verbindung bringen.

Im Bundesinnenministerium sieht man die Dinge naturgemäß anders. „Das Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter findet entsprechend den Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention Anwendung“, betont das Ministerium gegenüber dem BT. Man könne auch nicht bestätigen, dass immer mehr Flüchtlinge an Europas Grenzen sterben. Aus Sicht des Bundesinnenministeriums „überreibt die Pro-Asyl-Kampagne maßlos“.

Pro Asyl will das Bild korrigieren, wonach Deutschland von Flüchtlingen überrollt wird. Im Jahr 2007 seien 19 164 Asylanträge in Deutschland gestellt worden, ein Viertel der Antragsteller stamme aus dem Irak – von Menschen, die Schutz suchen. Vergleichsweise ist die Lage in Deutschland entspannt. Böffgen: „Es gibt weit mehr Binnenflüchtlinge in Afrika. Die wenigsten schaffen es nach Europa.“

◆ ZITAT

„Bequem, sich zu entziehen“

„Wenn das sieben mal kleinere Griechenland im Jahr 2007 bis August mehr Asylsuchende registriert als Deutschland, dann zeigt dies, dass es in Europa noch kein gemeinsames faires und solidarisches Asylsystem gibt. Die Länder im Zentrum Europas schoten sich immer effektiver ab. Flüchtlinge, die es von Griechenland aus schaffen, in ein anderes EU-Land zu gelangen, werden wieder zurück nach Griechenland geschickt. Während sich die Kernländer der EU, insbesondere Deutschland, auf bequeme Art ihrer Verantwortung entziehen, wehren die EU-Mitglieder an den Außengrenzen vermehrt Flüchtlinge brutal ab.“

Aus der Pro-Asyl-Broschüre „The truth may be bitter, but it must be told“ (red)

Der FDP-Innenpolitiker Max Stadler über Flucht und ihre Ursachen

„Anspruch auf sicheren Hafen“

Berlin (kli) – Der FDP-Bundestagsabgeordnete Max Stadler ist einer der Mitunterzeichner der Pro-Asyl-Kampagne „Stopp das Sterben“. In einem Beitrag für das BT schreibt der Jurist, der sich schwerpunktmäßig mit Innen- und Menschenrechtspolitik befasst, warum er sich für die Aktion einsetzt.

„Ich bin kein prinzipieller Gegner von Frontex. Die EU-Staaten haben Regeln zur Einreise, daher ist es selbstverständlich, dass an den Grenzen die Einhaltung dieser Regeln kontrolliert werden darf. Genau das ist die Aufgabe von Frontex. Dennoch habe ich den Aufruf von Pro Asyl unterschrieben, und zwar wegen eines bestimmten Punktes: Nach mehreren Rechtsgutachten haben Flüchtlinge, die sich auf hoher See befinden, einen Anspruch darauf, in einen sicheren Hafen



Max Stadler.

Foto: pr

gebracht zu werden. ‚Sicher‘ in diesem Sinne bedeutet, dass es ein Hafen sein muss, von dem aus die Durchführung eines Asylverfahrens möglich ist.

Dieser Forderung wider-

spricht aber die bisherige Praxis von Frontex. Flüchtlinge werden von hoher See über weite Entfernungen beispielsweise in den Senegal und andere westafrikanische Länder zurückgebracht. Mir geht es um eine Korrektur dieser Praxis.

Ansonsten ist es eine Erfahrungstatsache, dass durch Grenzkontrollen alleine die Flüchtlingsproblematik nicht gelöst werden kann. Flüchtlinge suchen sich Ausweichrouten, wenn an einer Stelle Grenzen dichtgemacht werden.

Daher müssen die Fluchtursachen angegangen werden. Menschen, die in ihrem Heimatland eine persönliche und wirtschaftliche Perspektive finden, werden sich nicht mehr Schleusern anvertrauen und lebensgefährliche Überfahrten über Mittelmeer oder Atlantik riskieren. Daher hängt Migrationspolitik eng mit Entwicklungshilfepolitik zusammen.“